



Stadtverordnetenfraktio

n

Julia Kappel-Gnirs, Am
Waldfeld 11, 65812 Bad
Soden

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Helmut Witt
Rathaus

65812 Bad Soden

05.03.2025

Prüfantrag Unterbringung von Obdachlosenpersonen

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

wir bitten, nachfolgenden Prüfantrag auf die TO dernächsten Stadtverordnetenversammlung aufzunehmen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, an welcher Stelle Analog der Unterbringung in Kronberg im Taunus sowie Hofheim am Taunus Bungalows oder ähnliches errichtet werden können um eine kostengünstig sowie eine kostenstabile Unterbringung von Obdachlosenpersonen nach dem HSOG sicherzustellen.

Begründung:

Aktuell verursacht die Unterbringung von 159 Obdachlosen in entsprechenden Obdachlosenunterkünften wie beispielweise einem Hotel Kosten von 179.686,65€ pro Monat. Diese werden vom Kreis fast zu 99 % beglichen. Der Kreis allerdings muss diese Kosten fast vollständig alleine tragen was unweigerlich die Steigerung der Kreisumlage mit zur Folge hatte. Es handelt sich immerhin um 2.124.236,76 € pro Jahr die alleine die Unterbringung in Bad Soden verursacht. Wären die Obdachlosen, bei den es sich hauptsächlich um Personen die nach dem Ausländerrecht als anerkannt gelten, in angemessene Unterkünfte nach dem SGBII/ SGB XII untergebracht worden wären Kosten von maximal 99.375 € pro Monat für alle 159 Personen entstanden. Dies entspricht einer realistischen Warmmiete von 625 € pro Person. Somit hat die unkontrollierte Zuwanderungspolitik der FDP, SPD und Grünen in Berlin alleine in Bad Soden zu einem Schaden von mindestens 80.311,65 € pro Monat geführt und somit 963.739,80 € pro Jahr.

Mit freundlichen Grüßen

BSB-Fraktion

Julia Kappel-GnirsFraktionsvorsitzende